

2008-06-18

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haushaltsausschusses am 29.05.2008

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Vorsitz

Koschig, Klemens Oberbürgermeister

Fraktion der CDU

Kolze, Jens
Lohde, Jacqueline

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Schmidt, Holger Dr.

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung und Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bönecke begrüßte die Mitglieder und Gäste des Finanzausschusses und des Hauptausschusses zur heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses. Er stellte die fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird auf Grund des Antrages des Herrn Mau auf Erteilung von Rede-recht für den Schifferverein Roßlau dahingehend geändert, dass die Tagesordnungs-punkte 3 und 4 getauscht werden, um vor Behandlung der Änderungslisten zum Haus-halt 2008 dem Verein Gelegenheit zu geben, sich zu erklären. Gegen diesen Vorschlag wurden keine Einwendungen vorgebracht.

Der geänderten Tagesordnung wurde ohne weitere Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Hauptausschuss	9/0/0 – einstimmig
Finanzausschuss	7/0/1 - mehrheitlich

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Das Wort wurde an Herrn Mau übergeben.

Herr Mau stellte den Antrag auf Rederecht für den anwesenden Vorstand des Schiffervereins Roßlau, um eine Erklärung bezüglich des in der Mitteldeutschen Zeitung erschienenen Artikels hinsichtlich der Behauptung von Ungleichbehandlung bei den Zuweisungen der Stadt für Feste, hier das Schifferfest, abzugeben.

Dem Antrag wurde einstimmig stattgegeben.

Abstimmungsergebnis Hauptausschuss:	9/0/0 – einstimmig
Abstimmungsergebnis Finanzausschuss:	8/0/0 – einstimmig

Das Wort wurde an Herrn Strauß, 1. Vorsitzender des Schiffervereins Roßlau, übergeben.

Herr Strauß nahm Bezug auf den besagten Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung und brachte seine Verärgerung zum Ausdruck, dass aus Sicht des Vereins hier versucht werde, diesen durch Halbwahrheiten zu diskreditieren. Das Roßlauer Schifferfest, so Herr Strauß weiter, sei seit Jahren ein fester Bestandteil des Roßlauer, nun Dessau-Roßlauer Lebens und der umliegenden Ortschaften. Der Inhalt des Artikels schade nicht nur dem Verein, sondern vor allem auch dem Zusammenwachsen der Städte Dessau und Roßlau nach der Fusion. Aus diesem Grund sei eine Richtigstellung zur Aussage des Artikels dringend erforderlich.

Herr Mau wies ergänzend darauf hin, dass dieser Artikel an dem Tag erschienen sei, an dem der Kulturausschuss über die Mittelverwendung für Feste zu beschließen hatte. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass dieser Artikel bezüglich der Entscheidung des Kulturausschusses nicht zum Nachteil des Schiffervereins führte. Ein solches Vorgehen, so Herr Mau weiter, sei auch nach seiner Meinung dem Zusammenwachsen nach der Fusion in keiner Weise dienlich, was eine Vielzahl von Anrufen besorgter BürgerInnen der Stadt beweise. Herr Mau richtete seine weitere Rede an die anwesende Presse, in Person an Herrn Steinberg und bat darum, zukünftig in Vorbereitung diesbezüglicher Artikel um sorgfältigere Recherchen.

Bezüglich der Mittelkürzungen erbat Herr Mau, diese vor dem Hintergrund des Vorbereitungsstandes des Schifferfestes nochmals zu überdenken und eine neue Wichtung der Vergabe der Mittel in die Diskussion für den Haushalt 2009 vorzusehen.

Herr Giese-Rehm erklärte, dass der Protest des Vereins zur Kenntnis genommen werde. Aus seiner Sicht bedarf es nun einer sachlichen Richtigstellung seitens des Vereins.

Herr Strauß stimmte dem zu und erklärte, dass der Verein die Kosten des Schifferfestes detailliert unterlegen könne und nannte entsprechende Zahlen. In Summe handele es sich um ein Kostenvolumen für das Schifferfest in Höhe von ca. 65.000,00 EUR. Hinzu komme die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helfer, die nicht bezifferbar sei.

Herr Maloszyk brachte sein Verständnis für die Verärgerung des Vereins zum Ausdruck. Er habe bereits seit geraumer Zeit beobachten können, wie in einigen Ausschusssitzungen die Gebietsänderungsverträge und deren Inhalte in Frage gestellt werden. Es gebe hier klare Beschlüsse des Stadtrates. Hinzu komme, dass solche Diskussionen eine gewisse Außenwirkung in Richtung Vockerode und Wörlitz haben und einer möglichen gemeinsamen Zukunft nicht dienlich seien.

Herr Schönemann machte deutlich, dass die Politik selbst in der Lage sei, diese Problematik zu lösen. Dies bedinge einen ehrlichen Umgang untereinander. In der Vergangenheit seien verschiedene Dinge priorisiert worden bzw. gegeneinander aufgewogen worden. Für die zukünftige Haushaltsplanung sollte im Vorfeld eine genaue Wichtung erfolgen und im Weiteren die Gleichbehandlung nicht außer Acht gelassen werden. Seiner Meinung nach haben solche Diskussionen nichts mit der Fusion an sich zu tun. Es bedarf einer Klärung des Problems insgesamt und dann sollten diesbezügliche Irritationen kein Diskussionsgegenstand mehr sein. Er rate dem Verein an dieser Stelle zu mehr Gelassenheit. Was die Meinung der Presse anbetreffe, so Herr Schönemann weiter, sei der Journalist frei im Wort und in seiner Art der Interpretation und es sei auf jeden Fall überlegenswert, ob man nicht selbst mit der Art der geführten Diskussion die Ursachen dafür setze, dass bestimmte Dinge so interpretiert werden.

Herr Dreibrodth erklärte unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Herrn Schönemann, dass ein Journalist aber auch eine Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit habe und eine gewisse Sorgfalt walten lassen sollte. Der besagte Artikel sei ein Beispiel für diese fehlende Sorgfalt, so Herr Dreibrodth. Man könne sich nicht des Eindrucks erwehren, dass hier bestimmte Ortschaften und auch ehemalige eigenständige Städte bewusst mit Halbwahrheiten gegeneinander aufgebracht werden. Dies gipfelte in persönlichen unangebrachten Bemerkungen auf seine eigene Person. Diese Art und Weise, so Herr Dreibrodth abschließend, erschwere die zugegebenermaßen nicht immer optimale Arbeit der Stadträte zusätzlich. Dass sollte die Presse nicht noch zusätzlich forcieren.

Herr Gröger schlug zum Abschluss der Diskussion dem Verein vor, in der Mitteldeutschen Zeitung eine Gegendarstellung bzw. Richtigstellung zu veröffentlichen.

Weitere Erklärungen wurden nicht abgegeben.

4. Änderungslisten zum Haushalt 2008

Das Wort wurde Frau Nußbeck erteilt.

Frau Nußbeck führte unter Bezugnahme auf die Vorlage zum Vermögenshaushalt 2008 aus, dass bis auf den Vorschlag von Herrn Pätzold die Sanierung Kochstedter Bachbecken betreffend die weiteren Vorschläge aus der Verwaltung gekommen seien.

Dies sei dem geschuldet, dass sich zwischen der Haushaltserarbeitung und der Beratung im Haushaltsausschuss aktuelle Entwicklungen ergeben haben, die mit Berücksichtigung finden konnten. So habe man Fördermittel für die Ausstattung des Kulturzentrums „Altes Theater“ in Aussicht gestellt bekommen. Somit wurde diese Maßnahme in den Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben dargestellt. Im Weiteren wurden bis zum 27.05.2008 Aktualisierungen im Vermögenshaushalt bei den Maßnahmen Sanierung Dach Sozialgebäude, Ausbau Bauhausstraße und Maßnahme Finkenherd, Maßnahme B 185 – Kreuzung Mosigkau sowie bei der Sanierung Historischer Friedhof und Aktualisierung des Förderbescheides Junkalor vorgenommen.

Zwei weitere Anträge wurden von der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen gestellt. Zum einen handele es sich um die Erhöhung der Mittel für private Denkmalpflege von 5.000,00 auf 10.000,00 EUR. Ein weiterer Antrag beziehe sich auf eine Haushaltsstelle für Spielgeräte, die Ausgaben in Höhe von 20.000,00 EUR darstelle. Seitens der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen werde aufgrund der Fusion dieser Ansatz für zu gering gehalten. Erklärend führte Frau Nußbeck zu diesem Antrag aus, dass es für die Stadt Roßlau diesbezüglich getrennte Ausgaben gebe. Ursprünglich waren für das Haushaltsjahr von Roßlau 30.000,00 EUR beantragt worden. Auf Wunsch des Ortschaftsrates Streetz/Natho wurde dann aber eine Umverteilung zugunsten des Dachausbaus Bürgerhaus Streetz und eines Zuschusses an den Heimatverein Natho zur Schaffung einer Kinder- und Jugendbegegnungsstätte vorgenommen. Der Ortschaftsrat habe also in der Haushaltsanmeldung diese Umverteilung beschlossen.

Frau Nußbeck schlug vor, über diese beiden Änderungsanträge einzeln abzustimmen, um dann über die Änderungsliste zum Vermögenshaushalt insgesamt abzustimmen.

Vor Abstimmung erbat Frau Storz das Wort und erfragte, inwieweit der Ortsbürgermeisterin Mildensee Rederecht eingeräumt werden könne, um Informationen zur Turnhalle Mildensee zu erhalten.

Das Wort wurde Frau Streiber, Ortsbürgermeisterin Ortschaft Mildensee, erteilt.

Frau Streiber führte aus, dass der Sportverein in Mildensee die Turnhalle der ehemaligen Grundschule in Erbbaurecht übernehmen möchte. Der Ortschaftsrat Mildensee habe mit Beschluss das Amt 12 beauftragt, für das Jahr 2009 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe der Kosten von 68.000,00 EUR in den Haushalt 2008 einzustellen. Die Kosten ergeben sich aus einem Vorschlag gegenüber dem Sportverein, die Sanierung der Turnhalle mit einer Anschubfinanzierung durchzuführen, die sich aus den Kosten des Abrisses und der Entsorgung zusammensetze. Für den Ortschaftsrat und vor allem für den Sportverein sei eine Information bezüglich der Umsetzung des Antrages bzw. die Aufnahme der Maßnahme in den Haushalt 2008 wichtig und werde an dieser Stelle erfragt.

Frau Nußbeck erläuterte, dass der Antrag in Vorbereitung der Haushaltsplanerarbeitung vorgelegen habe. Das Fachamt habe aber deutlich gemacht, dass die städtischen Turnhallen aufgrund der prekären Haushaltslage nicht ausreichend saniert werden können und in diesem Zusammenhang die Einstellung von Mitteln für die Sanierung einer Turnhalle, die ausschließlich dem Vereinssport diene, nicht zu begründen sei. Hinzu komme, dass die Sanierung der Turnhalle in Mildensee zu Lasten einer anderen Maßnahme gehen würde und dies sei nicht begründ- und darstellbar.

Frau Wirth ergänzte, dass die Turnhalle in ihrem jetzigen Zustand nutzbar sei und auch genutzt werde. In diesem Jahr erfolge die Medientrennung von der ehemaligen Grundschule und die Übergabe an den Sportverein. Die hier genannten Mittel sollen lediglich dazu dienen, die Turnhalle noch besser nutzbar zu machen.

Frau Storz versuchte deutlich zu machen, dass die Darstellung der Maßnahme im Haushalt auch dazu dienen solle, Fördermittel zu beantragen. Vielleicht sei es möglich, so Frau Storz, in den Haushalt eine geringere Position einzustellen, um diesbezüglich mögliche Fördermittel und damit einen gewissen Betrag an Eigenmitteln für den Verein zu sichern. Im Übrigen sei dies ein Zeichen der Stadt hinsichtlich der Entscheidungsfindung des Ortschaftsrates für oder gegen die Übernahme der Turnhalle.

Frau Nußbeck erklärte, dass die Größenordnung i. H. der benötigten Eigenmittel keine Verpflichtungsermächtigung rechtfertige. Ein solcher Betrag sei im Haushalt 2009 immer darstellbar.

Herr Weber schlug vor, dem Verein gegenüber ein positives Votum auszusprechen, diese Maßnahme in 2009 in den Haushalt aufzunehmen. Gleichzeitig werde die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten und in die Haushaltsberatungen für 2009 einzubringen.

Herr Bönecke erfragte, in wie weit ein schriftlicher Antrag seitens des Ortschaftsrates vorliege.

Frau Storz erklärte, dass seit über einem Jahr ein ausführlicher Antrag dem zuständigen Fachamt vorliege. Sie stellte den Antrag, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10.000,00 EUR in den Haushalt 2009 für die Maßnahme Sanierung Turnhalle Milensee einzustellen.

Herr Dr. Weber zeigte sich irritiert über das Verhalten des Finanzausschusses. Im zurückliegenden Jahr habe er beobachten können, dass ein Großteil der Anträge zum Haushalt in letzter Minute gestellt werden, so dass eine eingehende Betrachtung aufgrund von fehlenden Hintergrundinformationen nicht möglich gemacht werde. Die Aufgabe des Finanzausschusses sei es, so Herr Dr. Weber weiter, einen nachhaltigen Haushalt aufzustellen. Die Haushaltsberatungen seien rechtzeitig bekannt, so dass die Anträge vor Einbringung in die Haushaltsberatung frühzeitig in den jeweiligen Fachausschuss eingebracht werden können, um den Haushaltsausschuss in die Lage zu versetzen, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Herr Eichelberg unterstützte die Aussage des Herrn Dr. Weber. Er erklärte, dass vom Grundsatz her diesem Antrag zuzustimmen sei. Kritikwürdig sei die Vorbringung des Antrages in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses, in dem der Haushalt 2008 zur Beschlussfassung durch den Stadtrat vorbereitet werden sollte. Hier hätte es einer rechtzeitigen Beantragung bedurft. Eine Entscheidung hier und heute darüber zu treffen, halte er für problematisch. Im Übrigen sei dies kein Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Weber erklärte, dass im Rahmen einer Haushaltsdebatte durchaus kurzfristige Änderungsanträge nach Setzung der Rahmenbedingungen durch die Verwaltung gestellt werden können. Nun sei in diesem Jahr der Haushalt 2008 erst sehr spät vorgelegt worden, was durchaus objektive Gründe hatte. Aber auch der Stadtrat müsse sich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit in einem sehr kurzen Zeitraum zu einer Entscheidung befinden.

Herr Weber erklärte abschließend, dass ein solches Vorgehen in Erfahrung der zurückliegenden Jahre durchaus einer gewissen Normalität entspreche, was auch dem vertrauensvollen Miteinander mit der Verwaltung zuzuschreiben sei.

Herr Bönecke erklärte zur Frage der Qualität der Haushaltsberatungen, dass in vielen Haushaltsberatungen in diesem Jahr lange und intensiv über den Entwurf des Haushaltes gesprochen wurde, so dass in deren Ergebnis am gestrigen Tage eine interfraktionelle Beratung zur Vorabstimmung des Haushaltes stattfand, in welcher alle Fraktionen Einigkeit zum Haushalt 2008 signalisierten. Für den heute hier gestellten Antrag fehle ihm das Verständnis, obgleich richtigerweise gesagt werden müsse, dass die Debatte zum Haushalt offen bis zur Beschlussfassung sei. Dennoch sollte man sich für die zukünftigen Haushaltsberatungen die Aufgabe stellen, strukturierter und geordneter vorzugehen. Aufgabe der heutigen abschließenden Sitzung sollte sein, den mit der Politik abgestimmten Haushalt in die Sitzung des Stadtrates zur Beschlussfassung einzubringen.

Frau Nußbeck machte deutlich, dass die heutige zusätzliche Sitzung dazu dienen sollte, um vorzubereiten, was am 04.06.2008 beschlossen werden solle. Selbstverständlich sei bis zum Beschluss über den Haushalt alles offen. Dennoch müsse sie darauf hinweisen, dass der Haushalt zurückgezogen werden müsse, wenn Vorschläge in letzter Minute eingebracht werden, die den Haushalt in Frage stellen, weil dieser dann nicht mehr dem entspreche, was eingebracht wurde und was in der Haushaltskonsolidierung dargestellt sei. Das Ziel sei, den Haushalt zeitnah zu beschließen, um zeitnah in die Beratungen zum Haushalt 2009 einzutreten. Es wurde immer vorausgestellt, dass der Haushalt 2008 ein technischer Haushalt sei, da er aus drei Haushalten zusammengestellt wurde. Er sei spät vorgelegt worden, was auch begründet und dargestellt werden konnte, aber es wurde auch nachgewiesen, dass die Zeit für den Haushalt 2008 arbeitete.

Herr Schönemann erklärte unter Bezugnahme auf die vorliegende Tagesordnung und die Geschäftsordnung, dass kein formaler fristgemäßer Antrag vorgelegen habe, somit über den Antrag nicht abgestimmt werden könne. Dieser Antrag wäre fristgemäß, wenn er bis zur Sitzung des Stadtrates am 04.06.2008 vorliege und wenn dort Einvernehmen herrsche, diesen noch in den Haushalt einzupassen.

Herr Bönecke schlug vor, diesen Antrag, der im Übrigen soeben in handschriftlicher Form durch Frau Storz übergeben wurde, ausdrücklich in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2009 einzubringen und zwar nicht als Verpflichtungsermächtigung, sondern als direkten Antrag für das Jahr 2009 und im Weiteren den Antrag in der heutigen Form zurückzuziehen.

Herr Eichelberg gab gegenüber Frau Storz nochmals zu bedenken, dass die gestrige Sitzung der Fraktionsvorsitzenden von Kompromissbereitschaft bezüglich verschiedener eingebrachter Vorschläge geprägt war und sie diesen Antrag zurückziehen sollte, um ihn in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2009 einzubeziehen.

Frau Storz erklärte, dass das Aushandeln mit der Verwaltung und auch die Aufnahme in den Haushalt 2009 als Option bleibe.

Sie erbat zu dem eingebrachten Vorschlag das Votum des Haushaltsausschusses bezüglich der Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10.000,00 EUR in den Haushalt 2009 für einen Traditionsverein.

Herr Maloszyk erklärte, dass er sich aus Gründen der Befangenheit bei einer Abstimmung über den Antrag enthalten müsse, da er Mitglied des Vereins sei.

Herr Ehm erklärte, dass vor dem Hintergrund, dass durch diesen Vorschlag das Investitionsprogramm erneut geändert werden müsse man der Verwaltung diesbezüglich entgegenkommen sollte. Der Vorschlag werde für die Haushaltsberatungen 2009 auf der Tagesordnung stehen, zumal das Votum der heutigen Sitzung ein positives für diese Maßnahme sei.

Frau Storz erklärte, dass in Abstimmung mit der Ortsbürgermeisterin der Antrag unter der Bedingung zurückgezogen werde, dass heute eine Tendenzabstimmung zur Maßnahme Turnhalle Mildensee durchgeführt werde, diese Maßnahme in den Haushalt 2009 aufzunehmen. Eine endgültige Entscheidung werde in Abhängigkeit der Vorlage eines Konzeptes getroffen.

Herr Weber formulierte folgenden formellen Antrag:

Die Verwaltung werde beauftragt, diese Haushaltsposition in die Veranschlagung 2009 einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 4/0/3 – mehrheitlich
Hauptausschuss: 4/1/2 – mehrheitlich

Frau Storz zog den durch sie heute gestellten Antrag zurück und bedankte sich für das positive Votum.

Im Weiteren stellte Herr Bönecke die Anträge der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen zur Abstimmung:

1. Antrag auf Erhöhung der Mittel für private Denkmalpflege von 5.000,00 auf 10.000,00 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 4/1/2 – mehrheitlich
Hauptausschuss: 7/1/1 – mehrheitlich

2. Antrag auf Erhöhung des Ansatzes bei der Haushaltsstelle für Spielgeräte, von 20.000,00 EUR auf 26.000,00 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 5/1/2 – mehrheitlich
Hauptausschuss: 7/1/1 – mehrheitlich

Abschließend stellte Herr Bönecke die Änderungsliste zum Vermögenshaushalt, einschl. der 2 ergänzenden Anträge der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 7/0/0 – einstimmig
 Hauptausschuss: 9/0/0 – einstimmig

Weitere Anfragen und Informationen zum Vermögenshaushalt wurden nicht vorgebracht.

Herr Bönecke leitete zur Veränderungsliste des Verwaltungshaushaltes über und erteilte Frau Nußbeck das Wort.

Frau Nußbeck erklärte unter Bezugnahme auf die Sitzung des Haushaltsausschusses am 13.05.2008, dass es nochmals eine Reihe von Änderungsanträgen gegeben habe, die zwischenzeitlich durch die Einreicher modifiziert wurden. Im Weiteren wies Frau Nußbeck auf die Hauptschwerpunkte der Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt hin:

- | | |
|---|-------------------------|
| 1. Ausgabeerhöhung durch Tarifierhöhung in 2008 | i. H. v. 990.000,00 EUR |
| 2. Änderungsbeschlüsse des Kulturausschusses in Bezug auf Mittelbereitstellung für Veranstaltungen | |
| Umverteilung Mittel aus Rodleben für Veranstaltungen DE-RSL zugunsten für die Absicherung der Eigenmittel des Farbfestes | |
| Umverteilung bei den Ausgaben Heimat- und Schifferfest Roßlau zugunsten der Absicherung der Eigenmittel des Farbfestes und zur Absicherung des Weihnachtsmarktes in der Marienkirche und Weihnachtsmarkt Roßlau | i. H. v. 3.000,00 EUR |
| Ausgabeerhöhung bei den Bibliotheken | i. H. v. 3.800,00 EUR |
| Einnahmeerhöhung bei den Bibliotheken (Landeszuweisungen) | i. H. v. 1.200,00 EUR |
| Ausgabeerhöhungen bei den Museen | i. H. v. 16.300,00 EUR |
| | i. H. v. 20.000,00 EUR |
| | i. H. v. 9.300,00 EUR |

Insgesamt, so Frau Nußbeck weiter, erhöhe sich das Gesamtdefizit um 852.500,00 EUR auf 26.535.300,00 EUR.

Bezug nehmend auf die Anfrage von Herrn Weber die Beschlüsse des Kulturausschusses betreffend, hier im Besonderen die Umverteilung von Mitteln des Heimat- und Schifferfestes zugunsten anderer Veranstaltungen wurde das Wort an Herrn Lambrecht erteilt. Er erklärte, dass resultierend aus einem Auftrag des Haushaltsausschusses eine Sicherung der bestehenden Veranstaltungen für 2008 vorgenommen wurde und für 2009 eine Wichtung der Veranstaltungen im Vorfeld der Haushaltsdiskussion 2009 erfolgen solle. Die vorgenommenen Umverteilungen wurden im Vorfeld mit den Beteiligten abgestimmt.

Herr Bönecke leitete zu den Anträgen der CDU-Fraktion zum Verwaltungshaushalt 2008 über und übergab das Wort an Herrn Weber.

Herr Weber erklärte, dass bezüglich der eingebrachten Vorschläge einvernehmlich zwischen Einreicher und Verwaltung folgende Kompromissvorschläge erarbeitet wurden:

1. Antrag auf Einstellung von 42.000,00 EUR für die Nachwuchsgewinnung bei den Freiwilligen Feuerwehren

Der ursprüngliche Antrag, so Herr Weber, wurde dahingehend modifiziert, dass für das Jahr 2008 ein Betrag i. H. v. 5.000,00 EUR eingestellt werde. Darüber hinaus wurde die Verwaltung beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, wie die weitere Förderung aussehen könne. Herr Weber verlas einen schriftlich formulierten Begleitantrag, der dem Ausschussvorsitzenden im Anschluss übergeben wurde.

„Darüber unterbreitet sie kurzfristig Vorschläge, wie Kinder und Jugendliche durch Eintrittsvergünstigungen in städtischen Einrichtungen gefördert und motiviert werden können. Sie unterbreitet bis zur Haushaltsdebatte 2009 Vorschläge, wie Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren bei der Erlangung von Führerscheinen gefördert werden können. Auch wird die Stadt Dessau-Roßlau kurzfristig durch Tage der offenen Türen attraktive Werbeveranstaltungen zur Anwerbung von Kindern und Jugendlichen für den Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren organisieren. Die Verwaltung wird die Gesamtsumme der Förderung in Höhe von 42.000,00 EUR durch vorgenannte Maßnahmen durch Budgets der Ortschaftsräte und Sponsorenleistungen jährlich gewährleisten.“

2. Antrag auf Einstellung von Mitteln zur Seniorenbetreuung

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bedarfsanalyse für Seniorenangebote in ganz Dessau-Roßlau zu erstellen. Es soll bis zur Vorlage des Haushaltes 2009 eine Studie erstellt werden, wo in der Stadt Angebote für Senioren fehlen und welche benötigt werden, um die Angebotslücken zu schließen. Es sind durch die Verwaltung Vorschläge zu unterbreiten, wie ein Teil dieser zusätzlichen Mittel für die Seniorenarbeit ebenfalls als Einstieg in die Budgeterteilung an die Ortschaftsräte geleitet werden kann. Die Stadt Dessau-Roßlau wird damit erstmals allen Ortschaftsräten Budgetrecht gewähren.

3. Reduzierung des Konsolidierungsbeitrages des Anhaltisches Theater Dessau

„Da der Konsolidierungsvorschlag erst ab dem Jahr 2009 gegriffen hätte, werde der Vorschlag aus der Haushaltsberatung 2008 zurückgezogen. Die Verwaltung soll beauftragt werden, bis zur Vorlage des Haushaltsentwurfes 2009 Kompensationsvorschläge zu unterbreiten, die dazu führen, dem Theater die im Haushaltskonsolidierungskonzept zunächst abverlangten jährlich 400.000,00 EUR Einsparung zu belassen.

4. Förderung des Breiten- und Spitzensports

Dieser Vorschlag bleibt in seiner ursprünglichen Beantragung bestehen, so Herr Weber.

Herr Maloszyk erklärte, dass er in keinem Fall zusätzlichen Belastungen für den städtischen Haushalt zuzustimmen werde. Herr Schönemann machte darauf aufmerksam, dass in der gestrigen interfraktionellen Runde die einhellige Meinung herrschte, dass diese Kompromissvorschläge als maßvolle Antwort auf die Grundforderungen gesehen werden.

Auf die Anfrage von Herrn Eichelberg erklärte Frau Nußbeck, dass die Mittel für die Kommunal Kombi durch Zuweisungen des Bundes und Landes gedeckt seien.

Herr Schönemann nahm Bezug auf den Antrag der Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau für die Einmalige Beihilfe für die Einschulung. Hier wurde entgegen der Beantragung auf Einstellung von 5.000,00 EUR ein Betrag von 7.500,00 EUR eingestellt. Dieser basiere auf der Ermittlung tatsächlicher Fallzahlen. In Bezug auf den Antrag Kommunal Kombi handele es sich um ein gemeinsamen Vorschlag der Fraktionen SPD und Die Linke.Dessau-Roßlau und erhalte die volle Unterstützung. Im Weiteren nahm Herr Schönemann Bezug auf den Änderungsantrag die Wirtschaftsförderung & Tourismus Anhalt GmbH betreffend. Er erklärte, dass Einigkeit darüber erzielt werden konnte, dass die Strukturen der Gesellschaft bis zum Jahresende 2008 nicht gefährdet werden sollen. Im Weiteren solle das Angebot der Initiative Dessau, diese Gesellschaft zu übernehmen und zuschussfrei weiter zu führen, als Option gesehen werden.

Herr Dreibroth nahm Bezug auf den Vorschlag der CDU zur Förderung des Breiten- und Spitzensports und erfragte, in wie weit Ursachenforschung die wirtschaftliche Situation der Vereine DRHV 96 und SV Dessau 05 betreffend betrieben wurde, bevor hier eine weitere Förderung erfolge.

Frau Nußbeck erklärte, dass der DRHV 96 bereits ein tragfähiges Konzept vorgelegt und seinen Antrag dahingehend präzisiert habe, dass dieser für das Jahr 2008 auf den Bereich Spitzensport konzentriert werde. Diesbezüglich gebe es direkte Kontakte zwischen Fraktionen und dem Sportverein. Eine dezidierte Ursachenforschung im Ausschuss erfolgte nicht. Vom Verein SV Dessau 05 wurde ein Vereinskonzert abgefordert. Herr Lambrecht erklärte hinsichtlich der Bedenken von Herrn Dreibroth, dass es für die Förderungen von Sportvereinen Zugangsbedingungen gebe, wonach nur Vereine gefördert werden, die auch im Breitensport, d. h. Kinder- und Jugendsport, tätig seien.

Weitere Anfragen und Informationen zum Verwaltungshaushalt wurden nicht vorgebracht.

Herr Bönecke stellte die Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt 2008 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss:	5/1/1 – mehrheitlich
Hauptausschuss:	7/0/2 - mehrheitlich

5. Schließung der Sitzung

Herr Bönecke und Herr Ehm schlossen die Sitzung des Haushaltsausschusses um 18.40 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.07.08

Klemens Koschig
Oberbürgermeister und
Vorsitzender Hauptausschuss

Matthias Bönecke
Vorsitzender Finanzausschuss